

Wir fordern das kommunale Wahlrecht weil:



-
- ❑ Integration nur über politische Beteiligung gelingt!
Als Subjekte der Politik können und wollen
Migrantinnen und Migranten über die Zukunft der
Städte und Gemeinden mitbestimmen.
 - ❑ sich Migrantinnen und Migranten im Rahmen des
Betriebsverfassungsgesetzes schon längst in den
Mitbestimmungsgremien der Unternehmen
beteiligen.
-

Wir fordern das kommunale Wahlrecht weil:



-
- politische Rechte für Migrantinnen und Migranten die lokale Demokratie gegen rechtsradikale Tendenzen stärken!
 - Ungleichbehandlung von nichtdeutschen Staatsangehörigen aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten nicht länger hingenommen werden darf. Sie ist nach unserem Verständnis nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Ungleichbehandlung muss ein Ende gesetzt werden.
-

Wir fordern das kommunale Wahlrecht weil:



- ❑ Pflichten, wie hier Steuern zu zahlen, an Rechte wie das Wahlrecht geknüpft sein müssen.
- ❑ Einbürgerung keine Alternative zum kommunalen Wahlrecht ist. Der Lebensgeschichte der Migrantinnen und Migranten entsprechend sollte die generelle Mehrstaatigkeit endlich akzeptiert werden.